



LANDRATSAMT  
DONAU-RIES

# Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung Landkreis Donau-Ries

Anlage 3: Ergebnisse der Fokusgruppen



# Herausgeber

Landratsamt Donau-Ries  
Pflegstraße 2  
86609 Donauwörth

# Ansprechpartner

Fachbereich 52 Besondere Soziale Angelegenheiten  
Christian Trollmann  
Landratsamt Donau-Ries  
Äbtissin-Gunderada-Straße 3 / Postadresse: Pflegstraße 2  
86609 Donauwörth

# Zusammenstellung und Bearbeitung durch

AfA - Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GmbH  
Spiegelstraße 4  
81241 München  
Tel.: 089 896 230 44  
Fax: 089 896 230 46  
[info@afa-sozialplanung.de](mailto:info@afa-sozialplanung.de)

# Inhaltsverzeichnis

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung.....	1
Beratung und Information.....	2
Beratung .....	2
Information .....	4
Bürokratie .....	5
Vernetzung .....	5
Mitwirkung .....	5
Pflege und Unterstützung .....	6
Angehörige .....	6
Medizinische Versorgung .....	7
Gesellschaftliche Teilhabe und Freizeit .....	8
Wohnen .....	10
Wohnumfeld .....	11
Mobilität .....	12
Arbeit und Beschäftigung .....	13
Erster Arbeitsmarkt.....	13
Übergang und Zweiter Arbeitsmarkt.....	14
Bildung und Erziehung.....	15
Frühförderung und Schulvorbereitende Einrichtung (SVE) .....	15
Regelschule .....	15
Förderschulen .....	16

Im Juli 2023 und Februar 2024 fanden im Landkreis Donau-Ries vier Fokusgruppen statt. Ziel war es, mit Menschen mit Behinderung aus dem Landkreis ins Gespräch zu kommen. Von Interesse war dabei sowohl positive Erfahrungen und Beispiele wie auch Verbesserungsmöglichkeiten und Herausforderungen im Alltag der Betroffenen aufzuzeigen und zu diskutieren.

In den Fokusgruppen waren verschiedene Zielgruppen vertreten. Gespräche wurden mit folgenden Gruppen geführt:

- Menschen mit psychischer Erkrankung,
- Menschen mit geistiger Behinderung,
- Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung,
- Menschen mit Körperbehinderung,
- Vertreterinnen und Vertreter des Inklusionsbeirates.

Dabei wurden diverse Themenbereiche diskutiert und je nach Fokusgruppen entstanden unterschiedliche Schwerpunkte. Im Folgenden sind die Ergebnisse zusammengefasst.

## Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung

- Allgemein empfinden die Teilnehmenden der Fokusgruppen, dass viele Menschen ohne Behinderung kaum ein Bewusstsein für Menschen mit Behinderung haben. Dies beginnt bereits mit einem mangelnden Verständnis für deren Bedürfnisse, zeigt sich allerdings auch weiter in Form von diskriminierendem Verhalten.
- Besonders deutlich wurden die Auswirkungen von fehlender Sensibilität für diejenigen, die ihre Behinderung im Laufe des Lebens erworben haben. Zuvor sei ihnen selbst nicht bewusst gewesen, wie stark Menschen mit Behinderung exkludiert werden.
- Auch Menschen mit „nicht sichtbaren“ Behinderungen müssen sich in ihrem Alltag häufig erklären und erfahren wenig Akzeptanz. Dies betrifft nicht nur außenstehende Personen, sondern ist auch innerhalb der eigenen engeren Kontakte (z.B. Angehörige und Bekannte) notwendig. Gleichzeitig beobachten die Betroffenen eine geringe Bereitschaft der Gesellschaft, ein größeres Verständnis zu entwickeln.

- Die Stigmatisierung führt oftmals dazu, dass Betroffene selbst erst spät Hilfe annehmen.
- Aber auch innerhalb der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sehen die Teilnehmenden Verbesserungsbedarf. So wünschen sich die Teilnehmenden in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung nicht mehr als „Klienten“ angesprochen zu werden. Allgemein wünschen sie sich mehr Mitsprache.
- Ein guter „Türöffner“ sind laut Teilnehmenden Kontakte zwischen Kindern mit und ohne Behinderung. Die Inklusion und Begegnungen innerhalb der Kindertagesstätten werden als sehr offen und positiv bewertet.
- Für mehr Bewusstsein in der Gesellschaft sprachen sich die Teilnehmenden für mehr Öffentlichkeitsarbeit aus, beispielsweise in Form von Veranstaltungen.
  - Positiv bewerten die Teilnehmenden hierbei das inklusive Donau-Festival der Stiftung Sankt Johannes.
  - Des Weiteren wurde vorgeschlagen, Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Behinderungsarten zu machen.  
Diese sollten auch in Schulen stattfinden und u.a. auch ein Schwerpunkt auf das Thema Mobbing gelegt werden.  
Die Teilnehmenden wünschen sich, bei derartigen Veranstaltungen miteinbezogen zu werden.
  - Auch die Freilichtbühne Donauwörth könnte beispielweise durch ein Theaterstück von Menschen mit Behinderung für mehr Sensibilisierung sorgen.

## Beratung und Information

### Beratung

- Rechtliche Betreuer von Menschen mit Behinderung leisten in diesem Zusammenhang wichtige Unterstützung.
- Auch die familiäre Unterstützung ist für die Teilnehmenden (unabhängig vom Alter) von großer Bedeutung, ebenso wie die Selbsthilfegruppen oder der Austausch mit anderen Betroffenen (vgl. Mitwirkung).
- Darüber hinaus erhalten viele Unterstützung durch die Lebenshilfe Donau-Ries e.V. sowie die Stiftung Sankt Johannes. Die Unterstützungs- und Beratungsstrukturen werden von den Teilnehmenden als sehr positiv bewertet.

Z.T. sind diese allerdings bereits gut ausgelastet. Ratsuchende müssen teilweise längere Wartezeiten auf sich nehmen.

- Die Teilnehmenden wünschen sich eine Auflistung der verschiedenen Beratungsangebote im Landkreis inklusive der Aufgabenbereiche. Dies soll vor allem digital auf der Internetseite des Landratsamtes aufbereitet werden (s.u.).
- Auch die offene Struktur der verschiedenen Einrichtungen (z.B. Tagesstätten) empfinden die Teilnehmenden als sehr positiv. Das niedrighschwellige Angebot erleichtert den Zugang für die Menschen im Landkreis.
- In der Diskussion wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es ebenfalls einen hohen Bedarf an Beratungsmöglichkeiten für Angehörige gibt. Dies betrifft nicht allein Eltern von Kindern mit Behinderung, sondern auch Lebenspartner und andere Angehörige.
- Der Integrationsfachdienst (ifd) ist eine wichtige Anlaufstelle für Arbeitssuchende wie auch junge Menschen mit Behinderung. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit der Agentur für Arbeit. Allerdings benötigt es z.T. einer höheren Sensibilisierung bei den Mitarbeitenden, um die Kundinnen und Kunden bei Hilfebedarf an den ifd entsprechend weiterzuleiten.
- Die Teilnehmenden regten an, dass neben den bestehenden Strukturen eine unabhängige und aufsuchende Beratung für Menschen mit Behinderung im Landkreis aufgebaut werden soll. Von Interesse ist dabei:
  - individuelle Möglichkeiten von Förderungen und deren Finanzierung,
  - Hilfe bei Formularen.
- Vorgeschlagen wurde in einer Fokusgruppe einen Familienstützpunkt nach dem Vorbild der Stadt Günzburg aufzubauen<sup>1</sup>.
- Des Weiteren wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Behindertenvertretungen (auf Landkreisebene wie auf Ebene der Kommunen) von den Bürgerinnen und Bürgern stärker als Ansprechpartner genutzt werden sollten. Beispielsweise sollen Betroffene aktiver auf die Vertretungen zugehen, um auf Barrieren aufmerksam zu machen. Das setzt jedoch voraus, dass die

---

<sup>1</sup> Vgl. Stadt Günzburg, Familienstützpunkt: [https://www.guenzburg.de/rathaus-buergerservice/familie-jugend/familienstuetzpunkt/#/de/guenzburg/default/search/Event/Familienst%C3%BCtzpunkt/view:gallery/sort:chronological/mode:next\\_months/calView:agendaWeek](https://www.guenzburg.de/rathaus-buergerservice/familie-jugend/familienstuetzpunkt/#/de/guenzburg/default/search/Event/Familienst%C3%BCtzpunkt/view:gallery/sort:chronological/mode:next_months/calView:agendaWeek), Stand: Februar 2024.

Interessensvertreter und deren Aufgaben in der Bevölkerung besser bekannt gemacht werden müssen.

- Hoher Bedarf wird auch bei Gebärdensprachdolmetschern gesehen, da es weder im Landkreis noch im Umfeld ein Angebot gäbe. Bisher wird dabei viel über den Hörgeschädigtenverein Nordschwaben e.V. organisiert.
  - Als Idee wurde daher formuliert, Gebärdensprachdolmetscher-Kurse an Ausbildungsberufe der Gesundheits- und Krankenpflege anzugliedern. Dabei sollen Auszubildende gefördert werden, eine Fortbildung in diesem Bereich zu absolvieren.
  - Zudem fehlt es an mobilen Induktionsanlagen o.ä., die auch für Veranstaltungen ausgeliehen werden können.

## Information

- Informationen erhalten die Betroffenen sowie Angehörigen durch verschiedene Materialien wie Flyer der Akteure in der Behindertenarbeit.
- Eine Auflistung der verschiedenen Beratungsangebote fehlt bisher. Künftig sollen hierbei laut Teilnehmenden vermehrt digitale Medien (z.B. Internetseite des Landratsamtes) genutzt werden. Gleichzeitig sollen (zentrale) Ansprechpartner (z.B. Behindertenvertretungen, EUTB), die auch als Lotse fungieren, analog in Gemeindeblättern und dem „Blättle“ beworben werden.
- V.a. im Hinblick auf die unterschiedlichen Betreuungsangebote, Schulen, Beratungs- und Fördermöglichkeiten für Kinder fehle aber ein Überblick über die bestehenden Angebote. Hier benötigt es vor allem kompakte und übersichtliche Informationen.
- Darüber hinaus wünschen sich die Teilnehmenden aber auch Information(sunterlagen), die über Erstinformationen hinaus gehen.
- Zudem benötigt es mehr Informationen zu Themen wie Patientenverfügung und Testament, auch für jüngere Menschen mit Behinderung.
- In die Informationsvermittlung sollen stärker Multiplikatoren miteinbezogen werden wie beispielsweise Ärztinnen und Ärzte sowie Schulen.
- In Bezug auf die Freizeitgestaltung informieren sich Menschen mit Behinderung meist über das Internet.  
Dabei wünschen sich die Teilnehmenden vermehrt eine Kennzeichnung von inklusiven Angeboten (auch für Kinder).

## Bürokratie

- Für einige der Fokusgruppen-Teilnehmenden stellt das Ausfüllen von Formularen eine große Herausforderung dar. Sie wünschen sich barrierefreie und einfach gehaltene Formulare.

## Vernetzung

- Z.T. bestehen bereits sehr gute Vernetzungsstrukturen im Landkreis. Laut den Teilnehmenden sollen aber die Akteure in der Behindertenarbeit stärker zusammenarbeiten.
- Um auch jüngere Menschen für eine Berufswahl in der Behindertenarbeit zu motivieren, wurde in der Fokusgruppe vorgeschlagen, einen Babysitter-Pool in Kooperation mit den Berufs- und Fachschulen im Bereich Sozialpädagogik aufzubauen. Dabei würden Erfahrungen im Umgang mit Kindern mit Behinderung gesammelt sowie Hemmungen abgebaut werden. Durch die positiven Erfahrungen könnten einige dazu bewogen werden, einen Beruf in der Behindertenhilfe aufzunehmen.

## Mitwirkung

- Die Teilnehmenden schätzen den Austausch untereinander sehr. Im Landkreis gibt es organisierte Selbsthilfegruppen wie auch informelle Zusammenschlüsse. Sie sind wichtige Plattformen, um sich über verschiedene Themen informieren zu können.  
Gleiches gilt für die Selbsthilfegruppen für Angehörige, da auch hier ein hoher Bedarf an Austausch vorhanden ist.
- Die Arbeit des Inklusionsbeirates wird geschätzt. Die Teilnehmenden wünschen sich, dass dieser künftig auch für Angehörige von Menschen mit Behinderung offensteht, auch weil sonst die Anliegen von Kindern mit Behinderungen nicht direkt vertreten sind.
- In einer Fokusgruppe wurde zudem vorgeschlagen, vermehrt Personengruppen miteinzubeziehen, die sich nicht aktiv im Inklusionsbeirat engagieren (können). Deshalb soll der Ausbau von Beteiligungsformaten angestrebt werden.
- Positiv wird auch die Zusammenarbeit des Inklusionsbeirates Donau-Ries und Inklusionsrates Nördlingen gesehen.



- Zudem soll es mehr Behindertenvertretungen im Landkreis geben. Eine Ausweitung auf alle Kommunen sehen die Teilnehmenden nicht als unbedingt notwendig an, eher sollen sich Kommunen (z.B. Verwaltungsgemeinschaften) in diesem Bereich vermehrt zusammenschließen und Vertretungen gemeinsam ernennen.
- Großen Bedarf sehen die Teilnehmenden auch in der Schulung von Behindertenvertretungen. Hierfür können z.B. Leitfäden entwickelt oder auch vermehrt ein Austausch mit dem Landratsamt angestrebt werden.

## Pflege und Unterstützung

### Angehörige

- Von den Teilnehmenden wird ein hoher Bedarf an Entlastungsangeboten gesehen. Besonders eine stundenweise Betreuung für Kinder kann sehr hilfreich für Eltern sein, um den alltäglichen Verpflichtungen und Aufgaben nachkommen zu können.
- Im Zuge des Modellprojekts Kurzzeitbetreuung für Menschen mit Behinderung wurden durch die Lebenshilfe Donau-Ries sowie Sankt Johannes Kurzzeitpflegeplätze im Landkreis geschaffen. Diese richten sich an Kinder und Jugendliche mit Behinderung, Menschen mit erworbener Hirnschädigung oder Menschen mit geistiger/ mehrfacher Behinderung. Die Teilnehmenden begrüßen diese Entwicklung, wünschen sich allerdings genauere Informationen über das Angebot.
- Die Teilnehmenden plädieren dafür, noch mehr pflegende Angehörige von Menschen mit Behinderungen in den Blick zu nehmen, da sie z.T. einer hohen Belastung ausgesetzt sind. Dies geht oft mit Burn-out oder Depressionen einher, sodass Prävention an erster Stelle stehen muss.  
Folglich ist es wichtig, Hilfebedarfe möglichst früh zu erkennen, um (schwere) Folgeerkrankungen zu vermeiden.  
Als Idee wurde daher angeregt, Eltern Gruppen zu schaffen, in denen die Kinder betreut werden, während sich die Eltern austauschen können. Durch geschultes Personal können Hilfebedarfe erkannt und Informationen zu Entlastungsangeboten weitergegeben werden.

Auch Tandemsysteme, in denen sich erfahrenere Angehörige mit weniger erfahrenen austauschen können, finden die Teilnehmenden eine gute Projektidee.

Des Weiteren sollen Multiplikatoren wie die Ärzteschaft besser geschult werden.

- Darüber hinaus sollen Geschwister als Angehörige mehr in den Blick genommen werden, da für diese oftmals Aufgaben und Verpflichtungen einhergehen, die zu (hohen) Belastungen führen können. Ein gutes Beispiel, das auch Jüngere in den Blick nimmt, ist das Projekt „young carer“ in Berlin<sup>2</sup>.
- Ebenfalls benötigt werden auch hier stundenweise Betreuungsangebote für Geschwister von Kindern mit Behinderung. Vor allem während der Therapiestunden ist dies wichtig, um die Eltern zu entlasten.

## Medizinische Versorgung

- Hohen Handlungsbedarf sehen die Teilnehmenden im Bereich der medizinischen Versorgung vor allem durch Fachärzte und Therapeuten (z.B. Psychotherapeuten, Physiotherapeuten). Die Kapazitäten sind bereits sehr stark ausgelastet, dadurch kommt es z.T. zu langen Wartezeiten.
- Gleichzeitig wurde in den Fokusgruppen darauf hingewiesen, dass eine (frühzeitige) Diagnose sowie weiterführende Informationen hierzu von großer Bedeutung sind, um weitere Schritte zu planen und entsprechende Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen zu können.
- Die Vernetzung zwischen den Ärztinnen und Ärzten empfinden die Teilnehmenden als gut.
- Die Teilnehmenden weisen darauf hin, dass von der Ärzteschaft Diagnosen oft mit wenig Empathie weitergegeben werden. Hier benötigt es mehr Sensibilität gegenüber Betroffenen und Angehörigen.
- Die Teilnehmenden wünschen sich zudem eine intensivere Information der Hausärzte und stationären Einrichtungen hinsichtlich der verschiedenen Behinderungen und Erkrankungen und den damit einhergehenden Bedarfen der Betroffenen und Angehörigen.

---

<sup>2</sup> Vgl. Young Carer Berlin: <https://young-carers.de/hilfe-pflegende-kinder-in-berlin-young-carers>, Stand: Februar 2024.

# Gesellschaftliche Teilhabe und Freizeit

- Positiv bewerten die Teilnehmenden die Freilichtbühne Donauwörth (u.a. Ermäßigungen für Menschen mit Behinderung) sowie die Stadtführungen in Donauwörth in Leichter Sprache.
- Ebenso schätzen sie Freizeitgestaltungen, die in Einzelbetreuung stattfinden, wie beispielsweise Musikunterricht oder Reiten.
- Positiv bewerten die Teilnehmenden das Angebot des Behinderten- und Versehrten-Sportvereins Donauwörth (BVSV), das auch gerne von Teilnehmenden außerhalb des Landkreises in Anspruch genommen wird.
- Viele würden gerne ihren Interessen stärker nachkommen, können sich allerdings (auch mit Vergünstigungen) die Mitgliedschaft in Vereinen nicht leisten.
- Aufgrund von geringen finanziellen Mitteln können sich viele Fokusgruppen-Teilnehmenden kaum/ keine Ausflüge oder Urlaube leisten. Besonders positiv empfinden sie daher die Möglichkeit, gemeinsam mit der Wohngruppe oder Besuchern der Tagesstätten an (Mehr-)Tagesausflügen teilzunehmen.
- Die Teilnehmenden befürworten einen Ausbau der Angebote für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln.
- Als Idee wurde zudem vorgeschlagen, auch pflegende Angehörige dahingehend zu fördern, dass diese vermehrt Angebote der sozialen Teilhabe in Anspruch nehmen können. Dies kann nicht nur eine finanzielle Entlastung darstellen, auch ist es eine gewisse Anerkennung und Wertschätzung für die Pflegenden. Als Beispiel wurde hier auf die Stadt Stuttgart<sup>3</sup> verwiesen.
- Auch die fehlende Barrierefreiheit in gastronomischen Betrieben und Freizeitstätten hemmt die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung. Dabei wurden beispielhaft folgende Aspekte angesprochen:
  - Lesbarkeit von Texten, z.B. in Speisekarten in Restaurants (u.a. Schriftgröße, Schriftart, Fremdwörter),
  - Barrierefreie Toiletten,

---

<sup>3</sup> Vgl. Stadt Stuttgart, Förderprogramm für pflegende Angehörige: <https://www.stuttgart.de/buergerinnen-und-buerger/menschen-mit-behinderung/foerderprogramm-pflege-angehoerige/>, Stand: Februar 2024.

- Bauliche Barrierefreiheit.

Beispielhaft wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Hallen- und Freibäder im Landkreis barrierefrei umgestaltet werden sollen (z.B. Schwimmbadlifter, unisex/ Familien Gemeinschaftsumkleiden und -duschen, Treppen und Stufen mit Kontraststreifen, Leitsysteme, Handläufe).

- Laut den Teilnehmenden werden Betroffene sowohl bei Baumaßnahmen wie bei der Planung von Veranstaltungen bisher nicht ausreichend miteinbezogen. Vereinzelt gibt es Veranstaltungen, bei denen beispielsweise der Inklusionsbeirat im Vorfeld zur Beratung herangezogen wird. Allerdings zeigt sich, dass Vorschläge nicht immer umgesetzt werden.
- Es wurde daher vorgeschlagen, dass insbesondere bei kommunalen Planungen im Vergabeverfahren das Thema Barrierefreiheit Teil der Ausschreibung ist, um die Einhaltung zu gewährleisten.
- Eine Verbesserung der Barrierefreiheit wünschen sich die Teilnehmenden zudem im öffentlichen Raum. Beispielhaft wurden hier die Spielplätze im Landkreis genannt. Nach dem Vorbild in Stuttgart<sup>4</sup> können inklusive Spielplätze für eine bessere Teilhabe von jüngeren Menschen mit Behinderung beitragen.
- Eine höhere Sensibilität erfahren die Betroffenen, wenn Freizeitangebote von den Trägern organisiert werden.
- Positiv bewerten die Teilnehmenden das Ferienangebot der Offenen Behindertenarbeit. Allerdings ist auch hier ein Ausbau gewünscht.
- Zudem wurde angeregt, einen Nachmittag für Menschen mit Behinderung zu veranstalten, ähnlich dem Vorbild der Seniorennachmittage. Die Teilnehmenden würden dies besonders begrüßen, da sie sich mehr als Teil der Gemeinschaft fühlen würden.
- Für die Inanspruchnahme von Freizeitangeboten müssen Menschen mit Behinderung im Landkreis oft weitere Wege auf sich nehmen. Hier gilt es, dezentrale bzw. mobile Angebote zu schaffen.

---

<sup>4</sup> Vgl. Stadt Stuttgart, Inklusive Spielplätze in Baden-Württemberg: <https://raus-mit-uns.de/inklusive-spielplatze-baden-wuerttemberg/>, Stand: Februar 2024.

- Der Bezirk Schwaben vergibt alle zwei Jahre den Sozialpreis für Projekte im Bereich sozialen Ehrenamt<sup>5</sup>. Diese Auszeichnung empfinden die Teilnehmenden als sehr positiv, da bestehende Angebot entsprechend gewürdigt werden. Auch kann ein solcher Preis Motivation sein, um weitere inklusive Angebote zu schaffen. Daher sprechen sich die Teilnehmenden für eine Preisverleihung auf Landkreisebene aus. Diese kann auch auf andere Themenbereiche (z.B. herausragende Arbeitgeber o.ä.) ausgeweitet werden.

## Wohnen

- Als positiv wird von den Betroffenen die Verfügbarkeit von verschiedenen Wohnformen mit Unterstützungsmöglichkeit im Landkreis empfunden. Sie erhalten beispielsweise Hilfen im Alltag (z.B. Einkäufe des täglichen Bedarfs, Kochen, Bürokratie) oder haben Ansprechpersonen, an die sie sich bei Bedarf wenden können.
- Zum Teil besteht unter den Teilnehmenden ein Interesse, in ein gemeinschaftsorientiertes Wohnprojekt umzuziehen. Dabei steht nicht die Unterstützung bzw. pflegerischen Aspekte im Vordergrund, sondern die soziale Teilhabe. Eine ausreichende Privatsphäre sowie Barrierefreiheit sind ihnen dabei besonders wichtig.
- Für viele Menschen mit Behinderung, die in einer betreuten Wohnsituation leben, ist es das Ziel, in Zukunft in einem eigenen Haushalt leben zu können.
- Daher sehen die Betroffenen einen hohen Bedarf an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum.  
Hier könnten z.B. auch die Wohnungsbaugesellschaften im Landkreis in die Pflicht genommen werden.
- Auf bezahlbarem Wohnraum sind vor allem Menschen angewiesen, welche finanzielle Unterstützung (z.B. Grundsicherung) erhalten. Auch bei längeren Mietverhältnissen sind die Personen im Landkreis von Mieterhöhungen betroffen.

---

<sup>5</sup> Vgl. Bezirk Schwaben, Sozialpreis "Gemeinsam mit dir": <https://www.bezirk-schwaben.de/soziales/ehrenamt/gemeinsam-mit-dir-der-sozialpreis-des-bezirks-schwaben/>, Stand: Februar 2024.

- Des Weiteren beobachten die Betroffenen, dass der Zugang zum Wohnungsmarkt vor allem über gute Kontakte (Stichwort „Vitamin B“) verläuft.
- Manche derer, die in einer eigenen Wohnung leben, erhalten Unterstützung von Angehörigen, beispielsweise bei der Haushaltsführung.
- Im Bereich der Wohnungsanpassung wünschen sich die Teilnehmenden mehr Beratung und Unterstützung. Positiv empfinden sie die kostenfreie Erstberatung der Bayerischen Architektenkammer in Monheim. Aufgrund der Nachfrage sehen die Betroffenen dennoch Bedarf an einer zentralen Wohnberatungsstelle im Landkreis.

## Wohnumfeld

- Einige der Fokusgruppen-Teilnehmenden sind im Alltag auf Mobilitätshilfen wie Gehhilfen, Langstock o.ä. angewiesen.
- Im Bereich der Nahversorgung konnten die Teilnehmenden positive Erfahrungen mit Dorfläden im Landkreis sammeln. Auch größere Geschäfte (z.B. Lebensmitteleinzelhändler) seien meist barrierefrei zugänglich.
- Trotz einiger Umbaumaßnahmen sehen die Betroffenen weiteren Verbesserungsbedarf im Bereich der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. In den Fokusgruppen wurden vor allem auch die Bereiche angesprochen, in denen sich die Teilnehmenden im Alltag bewegen. Dies sind u.a. die Umgebung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Tagesstätten, Förderzentren etc. Die Teilnehmenden machten dabei insbesondere auf folgende Barrieren aufmerksam und äußerten hierbei bereits einige Lösungsvorschläge:

Barrieren	Lösungsmöglichkeiten
Schräge und schmale Gehwege	Ebene und breite Gehwege
Bodenbeschaffenheit, Pflasterung (z.B. Rathaus Nördlingen)	Rollstuhl Fahrbahnen
Barrierefreie Zugänge (z.B. Stufen, fehlende Handläufe)	
Ausgeschaltete Ampelanlagen	
Hohes Verkehrsaufkommen	Verkehrsberuhigte Straßen, Tempo 30 Zonen

Barrieren	Lösungsmöglichkeiten
Sicherheit im Straßenverkehr	mehr Fußgängerüberwege, barrierefreie Ampelanlagen
Hohe Anzahl an Baustellen	
Weite Wege (z.B. aufgrund der Landkreisgröße)	

- Die Teilnehmenden sehen dabei auch die Verantwortung bei den Kommunen wie auch den Sachbearbeitenden im Landratsamt. Diese müssen besser in der Thematik der Barrierefreiheit geschult sein. Ebenso sollte eine engere Zusammenarbeit mit den Behindertenvertretungen angestrebt werden.

## Mobilität

- Die meisten Teilnehmenden sind überwiegend mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs. Einige entscheiden sich allerdings bewusst für den Pkw, da sie schlechte Erfahrungen aufgrund der mangelnden Barrierefreiheit im ÖPNV gesammelt haben.
- Die Kraftfahrzeughilfe der Agentur für Arbeit empfinden die Teilnehmenden als wichtige Fördermaßnahme. Allerdings werden Zuschüsse erst spät ausgezahlt, wodurch die Teilhabe und Mobilität maßgeblich stark verzögert wird.
- Beim öffentlichen Personennahverkehr sehen Menschen mit Behinderung ebenfalls (großen) Verbesserungsbedarf. Da für viele der ÖPNV das einzige Fortbewegungsmittel ist, um weitere Distanzen auf sich zu nehmen, wünschen sich die Betroffenen:
  - Bessere Fahrzeittaktung,
  - (Mehr) Fahrten am Wochenende,
  - Wohnortnahes Angebot, bessere Erreichbarkeit der Haltestellen,
  - Weitere Ticketautomaten,
  - Bessere Anbindung zu (Fach-) Ärztinnen und Ärzten.

Weitere Verbesserungsmöglichkeiten sehen die Teilnehmenden in folgenden Bereichen:

- Barrierefreie Fahrpläne (z.B. bessere Lesbarkeit durch größere Schrift),
- Barrierefreier Netzplan (Übersichtlichkeit, Komplexität),

- Hohe Auslastung: vor allem zu Stoßzeiten sind der ÖPNV mit Schülerinnen und Schülern, Pendlern etc. sehr überfüllt,
- Verständnis von Busfahrern: z.T. wünschen sich die Teilnehmenden eine höhere Sensibilität von den Busfahrern, da diese teilweise „unfreundlich“ oder wenig rücksichtvoll seien, Wartende nicht in den Bus einsteigen lassen oder keine Kenntnisse in der Handhabung der Hilfsmittel (z.B. Rollstuhlrampe) haben,
- Höhe der Sitzplätze.
- Positiv bewerten die Teilnehmenden das NÖ-Mobil. Für viele ist die Möglichkeit der Vorbestellung der Fahrt eine gute Entlastung, da sie Erledigungen frühzeitig planen können. Eine Ausweitung des Angebots stößt auf rege Zustimmung. Allerdings ist das Angebot für Menschen mit einer Körperbehinderung bzw. Gehhilfen nicht geeignet. Vorschlagen wurde daher auch Kleinbusse der Lebenshilfe und Sankt Johannes zu nutzen, da diese barrierefrei sind.
- Im Bereich der ergänzenden Mobilitätsangebote wurde zudem der Vorschlag gemacht, dass Fahrdienste zu relevanten Infrastrukturen ausgeweitet werden. Beispielhaft wurde hier die Tagesstätte für Menschen mit psychischer Erkrankung in Nördlingen genannt.
- Teilweise werden auch professionelle Fahrdienste genutzt. Das Angebot bewerten die Nutzerinnen und Nutzer als sehr positiv. Gleichzeitig empfinden es einzelne Teilnehmende als Verlust der Selbstständigkeit, wenn sie auf Fahrdienste angewiesen sind.

## Arbeit und Beschäftigung

### Erster Arbeitsmarkt

- Im Landkreis gibt es z.T. gute Beispiele von (inklusiven) Arbeitgebern, vor allem auch kleinere Unternehmen sind oftmals Vorbilder in diesem Bereich.
- Private Arbeitgeber sind insbesondere dann engagiert, wenn ein Mitarbeiter durch Krankheit oder Unfall seine Behinderung erwirbt. Hierbei werden dann häufig Maßnahmen ergriffen, damit der Mitarbeitende weiterhin die angestammte Beschäftigung ausüben kann.
- Weniger gut funktioniert der Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit einer angeborenen oder schon länger bestehenden Behinderung.



- Im öffentlichen Dienst haben die Teilnehmenden unterschiedliche Erfahrungen gesammelt. Eine Schwierigkeit besteht teilweise in der fehlenden Barrierefreiheit, wie dem Zugang zu Gebäuden. Positiv bewerten die Teilnehmenden den Umbau des Verwaltungsgebäudes in Wemding. Andererseits haben öffentliche Arbeitgeber teilweise eine höhere Bereitschaft, Menschen mit Behinderungen einzustellen und auch auszubilden.
- Um die Bereitschaft bei Firmen des ersten Arbeitsmarkts zu erhöhen, Menschen mit Behinderungen einzustellen, wurde in einer Fokusgruppe vorgeschlagen, gute Beispiele im Landkreis auszuzeichnen. So wurde angeregt, für das Zertifikat „Top-Arbeitgeber DonauRies“ Aspekte der Inklusion stärker in die Bewertung einzubeziehen.
- Zudem sollen die Arbeitgeber im Bereich Barrierefreiheit und Inklusion geschult werden. Als Vorbild kann dabei der Sozialpreis für Projekte im Bereich sozialen Ehrenamt des Bezirks Schwaben genommen werden (s.o.).
- Junge Menschen mit Behinderung benötigen meist einen langen Atem bei der Berufsorientierung. Dabei können Praktika hilfreich sein, hier benötigt es jedoch noch mehr Sensibilisierung der Unternehmen, damit diese sich besser auf die Einschränkungen einstellen können, welche mit den verschiedenen Behinderungen einhergehen, so die Erfahrung der Gesprächsteilnehmer bei Praktika.

## Übergang und Zweiter Arbeitsmarkt

- Die Teilnehmenden, die in einer Werkstätte beschäftigt sind, empfinden diese Möglichkeit als sehr gewinnbringend. Dabei wird zum Beispiel die Weiterentwicklung in den persönlichen wie auch beruflichen Kompetenzen sehr positiv wahrgenommen.
- Auch die Zuverdienst-Projekte im Landkreis sind für die Teilnehmenden sehr wichtig. Sie schätzen vor allem die tagesstrukturierenden Maßnahmen sowie die Wertschätzung der verrichteten Arbeit. Auch der Austausch mit anderen Betroffenen wird dabei als positiv bewertet.
- Einige Fokusgruppen-Teilnehmenden erhoffen sich die Werkstatt als eine gute Möglichkeit, um in Zukunft auf den ersten Arbeitsmarkt zu wechseln.

- Im Zuge der Übergangsmöglichkeiten wurde von den Betreffenden daher auch der Wunsch nach mehr Außenarbeitsplätzen genannt. Explizit wurden hierbei auch ein breiteres Angebot für Menschen mit Sehbehinderung angesprochen.
- Auch die verschiedenen Praktika empfinden die Teilnehmenden als gute Möglichkeit, um sich auf den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten.
- Ein gutes Beispiel für Inklusion sowie Möglichkeiten zum Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt finden die Teilnehmenden die Angebote des Vereins „einsmehr“ in der Stadt Augsburg.<sup>6</sup>

## Bildung und Erziehung

### Frühförderung und Schulvorbereitende Einrichtung (SVE)

- Die Möglichkeiten der Frühförderung empfinden die Teilnehmenden als sehr positiv.
- Gleichzeitig merkten sie an, dass die Frühförderung nicht für jedes Kind mit Behinderung geeignet ist.
- Die Schulvorbereitende Einrichtung (SVE) ist ebenfalls eine wichtige Maßnahme zur Förderung der Kinder. Allerdings wurde in den Fokusgruppen darauf hingewiesen, dass die Mischung von Kindern mit Migrationshintergrund und mit Behinderung z.T. die Förderung einzelner erschwert, da die Bedürfnisse recht unterschiedlich sind.
- Dass Kinder mit Behinderung sich zwischen der Frühförderung und der schulvorbereitenden Einrichtungen entscheiden müssen, empfinden die Teilnehmenden als schwierig. Sie wünschen sich eine bessere Zusammenarbeit der Kostenträger.

### Regelschule

- Die Teilnehmenden benötigen vor allem mehr Beratung beim Übergang in die Sekundarstufe. Z.T. fehlt es auch an einer Sensibilisierung der Lehrerschaft an

---

<sup>6</sup> Vgl. Stadt Augsburg, Verein einsmehr, Initiative Down-Syndrom Augsburg und Umgebung e.V.: <https://www.einsmehr.org/>, Stand: Februar 2024.

den Regelschulen. Dies betrifft vor allem auch sog. „Grenzgänger“, die keine klaren Diagnosen haben.

- Kinder mit Behinderung erfahren z.T. noch starke Ausgrenzung in der Schule, so die Teilnehmenden. Mobbing und die damit einhergehenden psychischen Probleme sollen von Angehörigen wie auch dem Schulpersonal ernst genommen werden. Betroffene sollen verstärkt (mehr) Unterstützung erhalten.
- Auch vom Lehrpersonal wünschen sich die Teilnehmenden mehr Verständnis für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Die Vermittlung der Lerninhalte müssen entsprechend der Behinderung angepasst werden.
- Den Schulbegleitern stehen die Teilnehmenden eher kritisch gegenüber, da diesen oftmals eine entsprechende Qualifikation fehlt.

## Förderschulen

- Von den Teilnehmenden wird die Möglichkeit, eine Förderschule im Landkreis zu besuchen, als sehr positiv wahrgenommen. Diese ist oftmals ein geschützter Raum, in dem sich die Kinder mit Behinderung ohne Stigmatisierung gut entfalten können.
- Durch die geografische Lage wird die Schülerschaft allerdings vom alltäglichen Leben exkludiert. Eine Öffnung in die Gemeinschaft der Gemeinde/ Stadt begrüßen die Teilnehmenden.
- Laut den Teilnehmenden sollen die Zugangsvoraussetzungen gelockert werden, um die Teilhabe in den Förderschulen auch für „Grenzgänger“ ohne entsprechende Diagnosen zu ermöglichen.